Nr. 120. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Sonnabend, 11. März 1893.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 11. März. In einem Artikel der „Nordd. Allgemeinen Zeitung", „Kein Angebot" heißt es:

Während der bisherigen Verhandlungen ist mehrfach von Mitgliedern und Zeitungen der gegnerischen Parteien die Behauptung aufgestellt worden, sie wären der Regierung mit einem Angebot entgegengekommen, dessen Annahme indeß von dieser abgelehnt wäre. Von einem „Angebot" würde aber doch nur dann die Rede sein können, wenn ein Vorschlag gemacht wäre, der die Absichten, welche die Regierung verfolgt, wenigstens einigermaßen zu fördern geeignet wäre. Das ist aber bei dem einzigen bisher gemachten Gegenvorschlag: „Rekrutenvermehrung innerhalb der gegenwärtigen Präsenzstärke" absolut nicht der Fall. Die Regierung hat in den bisherigen Verhandlungen den unwiderleglichen Beweis dafür geliefert, wie ungenügend der gegenwärtige Zustand unserer Wehrkraft ist, so ungenügend, daß seine Fortdauer das Dasein des deutschen Reiches gefährden muß. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, dem durchgreifend abzuhelfen, indem sie durch Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht die Zahl der militärisch Ausgebildeten vermehren, die zur Verwendung in erster Linie bestimmten Truppentheile verjüngen, und für einen Theil der im Mobilmachungsfalle aufzustellenden Neuformationen Friedensstämme schaffen will. Um die dadurch von der Nation geforderten höheren Lasten thunlichst zu erleichtern, hat sie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit unter denjenigen Bedingungen ins Auge gefaßt, welche die Nachtheile einer solchen Maßregel auszugleichen vermögen. Von diesen Bedingungen sind die wesentlichsten: Etatserhöhungen bei allen Truppentheilen, welche die zweijährige Dienstzeit erhalten würden, und die Aufstellung von Bataillonsstämmen — 4. Bataillone — bei der Infanterie. Es ist den Vertretern der verbündeten Regierungen in den Berathungen der Reichstagskommission gelungen, überzeug- und nachzuweisen, daß ohne diese Ausgleichsmaßregeln die zweijährige Dienstzeit eine tiefgehende Schädigung unseres Heeres bedeuten würde, daß die Friedensausbildung eine unvollkommene bleiben müßte, daß der Uebergang in den Kriegszustand — Mobilmachung — zu gewissen Zeiten des Jahres nicht mit der unentbehrlichen Sicherheit und der immer nöthiger werdenden Schnelligkeit durchzuführen wäre, und daß die Kriegstruppe an innerem Halt verlieren müßte. Selbst grundsätzliche Gegner der Vorlage haben jene Maßregeln als „im Prinzip" richtig anerkannt. — Was heißt es nun dem gegenüber, wenn man sagt: Begnügt Euch mit der jetzigen Friedenspräsenzstärke und erhöht den Beurlaubtenstand, indem Ihr die zweijährige Dienstzeit pure annehmt? Gewiß, der Beurlaubtenstand wird erhöht, wenn man die zweijährige Dienstzeit pure annimmt. Es giebt in der Politik und im Heerwesen Dinge, die nicht geschehen können, weil sie unmöglich sind. Dahin gehört eine Herabdrückung des inneren Werthes des deutschen Heeres auf ein Niveau, das nicht über, sondern unter dem der Armeen unserer Nachbarn läge, während es doch andererseits zweifellos ist, daß in dem nächsten Kriege dem deutschen Heere die schwersten Aufgaben zufallen werden. — Was soll es heißen, wenn man gegenüber dem Urtheil unserer erfahrensten Generale, der Männer, die künftig unsere Heerführer sein werden, mit philosophischer Gleichgültigkeit ausspricht: Wir geben Euch die Mittel nicht, die Armee so auszubilden, zu formiren, zu gebrauchen, wie Ihr es uns als nöthig schildert, aber wir erwarten, daß Ihr siegen, den Feind von unserem Boden fern halten werdet! Was denn nun, wenn unsere gegebenen Heerführer erklärten, solche Verantwortung übernehmen wir nicht, wir nehmen lieber im nächsten Kriege das Gewehr in die Hand, als daß wir unsere Ehre an unmöglichen Aufgaben aufs Spiel setzen? Ist Herr Eugen Richter geneigt, das Kommando zu übernehmen, oder Feldherren, die mit geringeren Mitteln auszukommen vermöchten, zu stellen? Eine solche Schädigung unserer Wehrkraft, wie sie in jenem, die Festhaltung der Friedenspräsenzstärke fordernden sogenannten „Angebot" liegt, kann das deutsche Volk nicht wollen, können die verbündeten Regierungen nicht annehmen. Lieber Rückkehr zur vollen dreijährigen Dienstzeit, wenn der gegenwärtige Zustand der verstümmelten Dienstzeit sich als unhaltbar herausstellt, als jenes „Angebot". Was hat alles Addiren und Subtrahiren von russischen, französischen und Dreibunds-Zahlen für einen Werth, wenn diejenigen Männer, deren Beruf es ist, den künftigen Krieg vorauszudenken und welche über Beweismaterial verfügen, wie kein Anderer, erklären, wir sind zu schwach, wir müssen verstärken, verjüngen, verbessern? Warum sollen diese Männer weniger Glauben verdienen, als ihre Vorgänger? Der hochselige Kaiser Wilhelm, die Generale Roon und Moltke hatten auch noch nicht die Erfolge hinter sich, als sie 1861 eine Vermehrung der Armee forderten, und die Gründe, die man ihnen damals entgegenhielt, glichen denen der jetzigen Opposition wie ein Ei dem anderen. Auch jetzt ist die Verstärkung der Wehrkraft das Ziel der verbündeten Regierungen, und sie müssen, außer den Ausgleichsmaßregeln für die zweijährige Dienstzeit, Neuformationen bei allen Waffen fordern, vor Allem, um unsere Reserve- (Landwehr-) Divisionen zu verjüngen und zu stärken, daß sie in vorderster Linie wenige Tage nach der Mobilmachung als vollwerthig auftreten können. Was giebt uns das Angebot Richter-Lieber hierfür? Nichts.

** Die Frage der Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium beschäftigt die Parlamente fast in jeder Tagung. Es ist bekannt, daß verschiedene Einzelregierungen, wie die von Preußen und Baden, insofern dieser Frage näher getreten sind, als sie Erhebungen anzustellen begonnen bezw. erklärt haben, daß die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium in ihren Absichten liege. Bei dieser Sachlage ist es nicht recht zu begreifen, weshalb sich die Anhänger des Frauenstudiums nicht auf die Agitation bei den Einzelregierungen und bei den Einzellandtagen beschränken, sondern immer von Neuem mit ihren Eingaben an den Reichstag herantreten. Die Reichsregierung nimmt den völlig korrekten Standpunkt ein, daß die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium außerhalb der Kompetenz des Reichs stehe und daß die Regelung des Unterrichtswesens lediglich Sache der einzelnen Bundesstaaten sei. Es können demnach selbst der Sache günstige Beschlüsse des Reichstags praktische Erfolge nicht zeitigen. Was nun besonders das medizinische Studium der Frauen betrifft, so ist auch hierüber neuerdings die Auffassung der Reichsregierung zum Ausdruck gelangt. Danach hindert der Umstand, daß gegenwärtig Frauen an keinem deutschen Gymnasium zur Reifeprüfung und an keiner deutschen Universität zum medizinischen Studium zugelassen werden, dieselben nicht, die Heilkunde auszuüben, da die Befugniß hierzu durch die Gewerbeordnung ohne Rücksicht auf das Geschlecht oder eine vorher abgelegte Prüfung freigegeben ist. Allerdings ist den Frauen die Erlangung der Approbation als „Arzt" verschlossen, solange sie den in der Prüfungsordnung vom 2. Juni 1883 aufgestellten Vorbedingungen für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung nicht genügen können. Eine Abänderung der Prüfungsordnung dahin, daß Frauen gegenüber auf die Erfüllung dieser Vorbedingungen verzichtet werde, ist ausgeschlossen, da dann auch die Männer mit Recht eine gleiche Herabminderung der Anforderungen beanspruchen könnten. Es verbietet sich aber eine Herabminderung der an die Aerzte zu stellenden Vorbedingungen. Nach dieser Stellungnahme der Reichsregierung sind jedenfalls die Wünsche, welche auf Erlangung von Aerzteapprobationen für Frauen unter günstigeren Bedingungen rechneten, ein für alle Male gegenstandslos geworden. Die Frage ist also insoweit geklärt, daß, wenn die Einzelstaaten die Frauen zum medizinischen Studium zulassen sollten, an diese nicht geringere Anforderungen als an die Männer gestellt werden würden.

** Der vor etlichen Monaten von den hervorragendsten englischen Schnelldampfer-Gesellschaften angekündigte Plan, mit vereinten Kräften den deutschen transatlantischen Linien den Rang abzulaufen, ist bis jetzt über den guten Willen nicht hinausgediehen. Einmal waren wohl die geschäftlichen Konjunkturen Großbritanniens selbst zu wenig ermuthigend, dann aber ist auch der Ruf der deutschen Tüchtigkeit und Solidität in der ganzen Welt zu fest begründet, als daß Gesellschaften, wie die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt und der Norddeutsche Lloyd nöthig hätten, selbst die vereinte Kraft ihrer sämmtlichen englischen Konkurrenten zu fürchten. Ueberdies ist in allerjüngster Zeit ein Moment hinzugekommen, welches die englischen Rheder mahnt, vor allen Dingen ihren jetzigen Besitzstand sicher zu stellen, ehe sie an die Erweiterung desselben auf anderer Leute Kosten denken. Dieses Moment besteht in der national-amerikanischen Schnelldampferlinie zwischen New-York und Southampton. Am 7. März fand in Southampton an Bord des amerikanischen Dampfers „New-York" ein Festbankett statt, zu welchem die ersten Notabilitäten der Stadt geladen waren, unter ihnen der Vertreter des norddeutschen Lloyd, Herr Keller. An höflichen und selbst herzlichen Worten, an Toasten auf das Gedeihen des neuen Unternehmens war kein Mangel — ob sie aber den englischen Festtheilnehmern so ganz ehrlich von Herzen kamen? Jedenfalls giebt das Schauspiel, welches das Sternenbanner am Mast eines Schnelldampfers ersten Ranges dem englischen Auge darbietet, den englischen Wirthschaftspolitikern mehr zu denken, als sie inter pocula aussprechen werden. In Liverpool werden schon ernste Befürchungen laut, ob dieser Hafen seine bisherige Stellung als Hauptausgangshafen auf der europäischen Seite des Atlantic werde dauernd aufrechterhalten können, wenn zu den beiden mächtigen Faktoren, die dem Southamptoner Platze zu seiner rivalisirenden Bedeutung verholfen haben — die oben genannten Hamburger und Bremer Gesellschaften — nun noch der amerikanische Mitbewerb sich ebenfalls in Southampton etablire. Die Sachlage wird in der englischen Presse und Handelswelt auf das lebhafteste erörtert.

— Der italienische Marine-Minister hat, wie hiesige Zeitungen vernehmen, im Namen der italienischen Regierung dem Kaiser eine kostbare Gabe übersandt. Es ist ein Album in größtem Format, das photographische Abbildungen von allen Kriegsschiffen der italienischen Marine birgt. Die bis in die kleinsten Einzelheiten sauber ausgeführten Photographien sind dann noch bemalt worden. Ein zweites Album wird dem Prinzen Heinrich demnächst durch den Militär-Attachee Kommandanten Volpe überreicht werden.

— Die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag werden mit großem Eifer und Beschleunigung geführt. Es sind dabei von beiden vertragenden Theilen hervorragende diplomatische Kräfte betheiligt. Es liegt in der bestimmten Absicht, die Dinge so zu fördern, daß der Vertragsentwurf noch in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages, also bald nach Ostern, die gesetzgebenden Faktoren des deutschen Reiches beschäftigen kann, deren Zustimmung schon heute, trotz des lebhaften Ansturmes der Agrarier, als gesichert angesehen werden darf.

— Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, theilt der „Rhein. Kur." eine vom Handelsminister an sämmtliche Regierungspräsidenten erlassene Verfügung mit, wonach die bisherigen Staatszuschüsse für die Fortbildungsschulen in jedem Regierungsbezirk um 10 Prozent gekürzt werden sollen. Wo die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden weniger als sechs beträgt, soll unter Umständen der Unterricht ganz eingestellt werden.

— Zu der Petition, daß die Gewährung von staatlichen Alterszulagen auch auf die Lehrer ausgedehnt werden möge, die in Städten oder Orten über 10 000 Einwohner angestellt sind, hat der Abg. Langerhans (unterstützt von den Deutschfreisinnigen) den Antrag eingebracht, dieses Gesuch der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen dahin, daß für die Gewährung der staatlichen Alterszulagen an die Volksschullehrer in den Städten die Einwohnerzahl der Städte nicht mehr die allein maßgebende Voraussetzung sein soll. (Die Kommission beantragt ebenfalls Ueberweisung zur Berücksichtigung mit der Maßgabe jedoch, daß die Zuwendung dieser Zulagen bei unzureichender Besoldung und bei ungenügender Leistungsfähigkeit der Gemeinden erfolgt.)

— Ueber die vorbereitete neue Agende für die evangelische Kirche der alten preußischen Provinzen schreibt das „Evang. Gemeindeblatt für Rheinl. u. Westf.":

„Die Arbeiten der Agenden-Kommission sind, wie wir vernehmen, so weit zum vorläufigen Abschluß gebracht, daß die fertiggestellten Formulare demnächst behufs Vorlage an die diesjährigen Provinzialsynoden zum Druck befördert werden können. Wie verlautet, wird die neue Agende durch ihre Reichhaltigkeit den höchsten Erwartungen entsprechen und durch ihre schonende Berücksichtigung der verschiedenen konfessionellen Anschauungen und kirchlichen Gepflogenheiten allseitig auf dankbare Entgegennahme rechnen können."

Dazu bemerkt die „Protestantenver. - Korrespondenz":

„Diese Notiz des mittelparteilichen rheinischen Blattes ist die erste Nachricht, die über den Entwurf der Agenden-Kommission in die Oeffentlichkeit gelangt, sie ist offenbar auf ein rheinisches Mitglied der Agenden-Kommission zurückzuführen. Mag es sein, daß der Entwurf der Agenden-Kommission den Erwartungen der extremen Orthodoxie nicht ganz entspricht, so ist von hier aus bis zur wirklichen Berücksichtigung der liberalen Gewissens- und Rechtsforderungen noch ein weiter Weg. Die Auffassung des genannten mittelparteilichen Blattes giebt uns in dieser Beziehung nicht die geringste Gewähr, da dieses Organ es mit seinem „Liberalismus" auch für vereinbar gehalten hat, den unglücklichen Erlaß des Oberkirchenraths in Sachen des Apostolikums als eine That kirchenregimentlicher Weisheit „aus voller Ueberzeugung zu preisen". Wäre es thatsächlich so, daß der Entwurf „allseitig auf dankbare Entgegennahme" rechnen könnte, so hätte man keine Ursache, sich solcher ängstlichen Geheimhaltung desselben zu befleißigen, so lange dies geschieht, hat man allen Grund zu der Annahme, daß der Entwurf dergestalt ist, daß er vor einer öffentlichen Kritik der Gemeinden nicht bestehen kann."

Posen, 10. März. Der Provinzial-Landtag beschloß, dem Provinzialausschuß vorläufig 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen, um den Bau von Kleinbahnen finanziell zu unterstützen. Dieser Betrag ist bei ausreichender Rentabilität der Bahnen zurückzuzahlen. Heute Nachmittag wurde der Provinzial-Landtag geschlossen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. März. Auf der hiesigen serbischen Gesandtschaft herrscht, obwohl das Wahlresultat noch nicht vollständig vorliegt, bereits die feste Zuversicht, daß eine große liberale Skupschtina-Mehrheit zweifellos gesichert sei. Die Skupschtina werde nunmehr baldigst einberufen werden. Unmittelbar nach Erledigung des Budgets werde dieselbe die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn gleichzeitig erledigen. Auf der Gesandtschaft wird ferner erklärt, die liberale Regierung werde die Beziehungen Serbiens zum benachbarten österreichisch-ungarischen Kaiserstaat sorgfältig pflegen und möglichst freundschaftlich zu gestalten trachten.

Belgien.

Lüttich, 10. März. Der hierher zusammen berufene Kriegsrath der Provinzen Lüttich und Limburg verhandelte am 4. d. M. gegen den Stabsoffizier Hauptmann S. wegen Gehorsamsverweigerung gegen einen Vorgesetzten. Der Vorfall, um den es sich handelt, hat sich am 1. Februar bei Gelegenheit eines Hofballes im königlichen Palais zu Brüssel zugetragen. Unter den Eingeladenen befand sich neben dem Stabskommandanten General B. auch Hauptmann S. Der General erklärt, bei seinem Erscheinen von allen anwesenden Offizieren gegrüßt worden zu sein, nur nicht von seinem unmittelbaren Untergebenen Hauptmann S. Nach eigener Angabe hat nun der General einige Stunden später den Hauptmann zur Rede gestellt, aber auf die Frage, weshalb dieser seinen Vorgesetzten nicht grüße, die Antwort erhalten: „Ich weigere mich." Darauf will der General dem Beschuldigten den Befehl ertheilt haben, sich nach Hause in Arrest zu begeben. Hauptmann S. behauptet hiergegen, die Worte „Ich weigere mich" erst gebraucht zu haben, als ihm der General den Befehl gegeben, nach Hause zu gehen, und will diese Weigerung mit dem Zusatz begründet haben, daß er sich beim König befinde. Das Urtheil gegen den Hauptmann lautete auf einen Monat Haft.

Frankreich.

** Während man in Frankreich mit innigem Behagen dem Widerstande zusieht, dem in Deutschland jede von den militärischen Autoritäten für nöthig erkannte und deshalb an den Reichstag gebrachte Heeresreform begegnet, bleiben die dortigen Armeefreunde — und das ist die Gesammtheit der Nation — keineswegs müßig. Das neuprojektirte französische Kadresgesetz, welches bestimmt ist, den französischen Reserveformationen ihren endgültigen Platz im Rahmen der nächsten großen Mobilmachung anzuweisen, ist in der Militär-Kommission soweit gefördert, daß es binnen kürzester Frist in der Kammer durchberathen werden könnte und selbstverständlich angenommen werden würde, wenn nicht die Kommissionsmitglieder in dem an sich nur löblichen Eifer, etwas möglichst Vollkommenes zu schaffen, wieder einmal — welcher Unterschied gegen ihre deutschen Reichstagskollegen — des Guten zu viel zu thun und die von der Regierung eingebrachte Vorlage noch überbieten wollten. Seit dem Amtsantritte des neuen Kriegsministers, Generals Loizillon, regnet es förmlich in der Militärkommission neue Pläne, einer immer umfassender und kostspieliger als der andere, und die Regierungsvertreter haben alle Hände voll zu thun, um den Eifer der Parlamentarier im Zaume zu halten. Dem Vernehmen nach ist regierungsseitig jetzt ernstlich auf baldige Verabschiedung des Kadres-Gesetzes in seiner vorliegenden Fassung gedrungen, weil das Interesse der Armee bei längerer Verzögerung der Entscheidung zu kurz komme. Die Militär-Kommission wird sich fügen, aber mit dem Vorbehalte, daß die spätere Kammer das Versäumte nachhole.

Italien.

Rom, 10. März. Die Regierung verbot für ganz Italien den radikalen Vereinen die geplante Verbreitung eines Manifestes über die Bankskandale. Das für Sonntag anberaumte Volksmeeting betreffs des Bankschwindels wurde vertagt.

Die „Opinione" warnt die Pariser Presse vor dem thörichten Glauben, das italienische Volk werde den deutschen Kaiser kühl empfangen. Die Franzosen seien wirklich unverbesserlich, sonst müßten sie wissen, daß in Italien Dynastie und Volk eins und Kaiser Wilhelm der enthusiastisch aufgenommene Gast nicht allein König Humberts, sondern der ganzen italienischen Nation sei.

Großbritannien und Irland.

London, 10. März. Oberhaus. Der erste Lord der Admiralität Spencer erklärte, die Regierung habe die Nothwendigkeit empfunden, die Stärke Englands als erster Seemacht zu behaupten. Wenn man die englische Flotte mit den Flotten Frankreichs und Rußlands vergleiche, so besitze England eine bedeutende Ueberlegenheit an Schlachtschiffen, aber diese Ueberlegenheit würde 1896—97 nicht mehr bestehen. Daher wäre es nöthig gewesen, die Zahl der Schlachtschiffe zu vermehren, und mit den noch zu bauenden Schiffen würde England 1896—97 58 Schlachtschiffe gegen 64 französische und russische Schlachtschiffe besitzen. Hinsichtlich von Kreuzern werde im Jahre 1897 England 62 gegen 40 französische und russische besitzen.

London, 10. März. Salisbury, Balfour und Churchill empfingen im Laufe des heutigen Nachmittags eine große Deputation von Vertretern der hervorragendsten Handelsinteressen Irlands, unter ihnen den Gouverneur und zwei Direktoren der Bank von Irland, die Direktoren der Eisenbahnen und der Handelskammern. Der Führer der Deputation verlas eine Adresse, in welcher nachgewiesen wird, daß die Annahme der Homerule-Bill den wachsenden Wohlstand Irlands vernichten würde. Der Direktor der „Great Northern Railway" in Irland hob hervor, daß der Werth der Eisenbahnaktien während der letzten Wochen um eine halbe Million Pfund Sterling gesunken sei. Salisbury gab in der Erwiderung seiner aufrichtigen Sympathie mit der Deputation Ausdruck und rieth ihr, nur den Muth nicht sinken zu lassen, es lägen günstige Anzeichen vor, daß die öffentliche Bewegung gegen Homerule in England im Wachsen sei. Balfour fügte hinzu, Homerule würde für Irland den Bankerott im Gefolge haben.

Rußland.

Petersburg, 10. März. Als Nachfolger des verstorbenen Generalmajors Scheremetjew, Kommandeur des kaiserlichen Convois, wird der Fürst Galitzin, Leiter der kaiserlichen Hofjagd, genannt.

Afrika.

Durch die Erklärungen des Reichskanzlers im Parlament ist jetzt festgestellt, daß demnächst die Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika endlich so verstärkt wird, um den Räubereien in unserem Schutzgebiet entgegenzutreten. Wie nöthig dies war, haben wir oft genug betont, aber Mittheilungen der deutschen „Südafrikanischen Zeitung" in Kapstadt geben einen neuen Beleg dafür. Sie schreibt:

„Das Land wird so lange dem europäischen Einfluß entzogen bleiben, als die Willkürherrschaft und Tyrannei der Eingeborenen andauert. Die deutsche Schutztruppe, welche sich in vollem Bewußtsein ihrer Bedeutungslosigkeit nur noch bescheiden Polizeitruppe nennt, ist vollkommen machtlos. Besonders erbittert sind die Eingeborenen gegen die Deutschen, während sie die Engländer in Folge des Lewis'schen Einflusses meist unbehelligt lassen. An der Walfischbai erzählt man sich folgendes Bravourstückchen: Die Ingenieurtruppe, welche im Auftrage der kürzlich gegründeten deutsch-englischen Damaraland-Gesellschaft die Bahnstrecke von der Bai nach Otavi trassirt, kann sich nur dadurch freie Bahn schaffen, daß sie ihre Nationalität verleugnet und sich als englische Expedition ausgiebt. Als sie bei Waterberg anlangte, wurde der dortige Hererofürst Kambasembi, einer der reichsten und mächtigsten des Landes, mißtrauisch gegen die sogenannten Engländer, untersuchte den Fall und erklärte rund heraus, den Bergassessor Duft und den Herrn von Bülow nicht weiter ziehen lassen zu wollen. Dabei blieb es. Die als Engländer befundenen übrigen Mitglieder reisten nach Otavi und die beiden Deutschen kehrten mit Schimpf und Schande in die Arme der Schutztruppe zurück. Aehnliche Berichte aus englischen Quellen laufen bei uns oft genug ein. Wir schenken ihnen in der Regel keinen Glauben. Unser Skeptizismus erleidet aber starken Abbruch, wenn wir unsere eigenen Landsleute in vorstehender Weise reden hören. Wäre es denn nicht möglich, von den Hunderttausenden von Mark und den verschiedenen Heeren, welche das Reich alljährlich für Ostafrika aufwendet, einen kleinen Bruchtheil für unser verkanntes und mißhandeltes Südwestafrika zur Ehre des deutschen Namens aufzubieten?"

Vom Korruptionsprozeß.

(Original-Bericht der „Stettiner Zeitung".)

Paris, 9. März. Trotz des die verschiedensten Klassen der Pariser Bevölkerung aufregenden Prozesses bot das Aeußere des Palais de Justice keinen anderen als alltäglichen Anblick. Ein äußerst streng organisirter Polizeidienst verhinderte jede Ansammlung vor dem Palais, aber aber auch in den Kouloirs und Gallerien des Gebäudes verrieth nichts die tiefe Bewegung, welche diese für die französische Geschichte so schmachvolle Angelegenheit hervorruft. Von 11 Uhr an füllte sich nach und nach der Saal mit Advokaten, Journalisten, Zeugen u. s. w. Nur nachdem man an mehreren Posten glücklich vorbeigekommen und einem Polizeikommandanten eine Karte vorgezeigt hat, wird man in den Sitzungssaal zugelassen. Einige Frauenhüte mit hellen Bändern brechen allein die düstere Harmonie der schwarzen Rücken der Zuhörer und Zeugen und der schwarzen Talare der Advokaten und Richter. Die Advokaten, welche die Zivilparteien vertreten, sind Legion. Um 12 Uhr 5 Minuten tritt der Gerichtshof ein. Derselbe besteht aus den Präsidenten Pillet, Desjardins und den Richtern Simperani, Commoy und Adam. Als Staatsanwalt (avocat général) fungirt Mr. Laffon. Um 12½ Uhr werden unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Angeklagten in den Saal geführt. Jeder derselben erhielt auf der Anklagebank, welche von einem vollständigen Käfig umgeben ist und „box" genannt wird, seinen Platz angewiesen. Diese Scene erregte kolossales Aufsehen. Und es war wirklich ein Anblick, dessen Wirkung man sich nicht entziehen konnte, zu sehen, wie noch vor einem halben Jahre berühmte Männer, große Finanziers, Minister u. s. w. die Beine zusammen zwängten, um zwischen den engen Sitzen der Anklagebank hindurch an ihren Platz zu rutschen. Die Angeklagten sehen ausnahmslos sehr niedergeschlagen aus, besonders macht der frühere Minister Baihaut einen bedauernswerthen Eindruck. Nach den gewöhnlichen Formalitäten wie Konstatirung der Identität der Angeklagten, Ermahnung der Vertheidiger, die Gesetze zu achten, Eidesleistung der Geschworenen u. s. w. verliest der Schriftführer Wilmes die Anklageakte. Wir begnügen uns, die Entstehung des Prozesses und die Begründung der Anklage in kurzen Worten wiederzugeben.

Im vergangenen Dezember stieg bekanntlich ein boulangistischer Abgeordneter Delahaye auf die Tribüne und schleuderte 104 seiner Kollegen den Vorwurf der Bestechlichkeit entgegen, über den die Debatten des heutigen Prozesses wohl etwas Licht verbreiten werden. Eine Enquetekommission wurde ernannt, welcher es nach großen Schwierigkeiten gelang, die Talons von 26 Cheks, welche der Baron von Reinach vertrieben hatte, zu beschlagnahmen. Einige Tage nachher unterbreitete nun ein Freund Delahaye's der Enquetekommission die Photographie einer durch Reinach seinem Beamten Stephan diktirten Liste. Man verglich die Chek-Talons mit der Liste und war man von ihrer Uebereinstimmung frappirt. Auf Grund dieser Beweisstücke wurde von der Regierung die Ermächtigung zur Verfolgung gegen Rouvier, Jules Roche, Thevenet, Deves, Albert Grevy, Leon Renauld, Beral, Emanuel Arene, Proust und Dugue de la Fauconnerie verlangt. Später wurden Jules Roche und Emanuel Arene, Rouvier, Thevenet, Deves, Grevy und Renauld außer Verfolgung gesetzt. Als Angeklagte blieben nur noch Beral, Dugue de la Fauconnerie und Antonin Proust übrig, zu denen später noch Baihaut, der frühere Minister, Sans Leroy und Dobron kamen. Dieses sind die der Bestechlichkeit Angeklagten. Der Bestechung sind angeklagt Charles de Lesseps, Marius Fontane, Arton und Blondin. Baihaut hat bekanntlich eingestanden, ebenso wie Charles de Lesseps das Geständniß bestätigt, 375 000 Franks erhalten zu haben, und zwar dafür, daß er einen Gesetzentwurf zu Gunsten einer Emission von Panama-Obligotionen einbrachte. Die übrigen der Bestechlichkeit angeklagten Deputirten und Senatoren sind beschuldigt, dafür Gelder von der Panamakompagnie genommen zu haben, daß sie für obengenannten, von Baihaut eingebrachten Gesetzesentwurf stimmten.

Die eigentlichen Debatten begannen mit dem Verhör von Charles de Lesseps. Derselbe giebt zuerst eine Darstellung der Anfänge des Panama-Unternehmens und zwar mit jener Klarheit des Geistes und jener Feinheit und Präzision der Sprache, welche bereits im ersten Panamaprozesse allgemeine Bewunderung erregten.

Der Präsident: Welches war Ihre Rolle in dem Direktionskomitee?

Der Angeklagte: Ich war gewissermaßen Generalsekretär, berichtete jedoch sowohl meinem Vater als meinen Kollegen über Alles.

Der Präsident: Welches waren diese Kollegen und welche Verantwortlichkeit hatten sie?

Der Angeklagte: Vor Allem Mr. Fontane, später Cottu. Dieselben hatten die gleiche Verantwortlichkeit wie ich, indessen standen sie doch gewissermaßen unter meiner Ordre.

Der Dialog zwischen dem Präsidenten und Charles de Lesseps, der bisweilen eine gereizte Form annimmt, geht hierauf zur Emission von 1885 über. Ch. de Lesseps erzählt, wie Baihaut, damals Minister der öffentlichen Arbeiten, den Ingenieur Rousseau nach Panama schickte, um über das Panama-Unternehmen Bericht zu erstatten. Bis hierher waren die Debatten ziemlich bedeutungslos. Wirkliches Interesse bekamen dieselben erst, als die Frage auf Cornelius Herz kam.

Der Präsident: Zu jener Zeit haben Sie Cornelius Herz 600 000 Franks gegeben?

Der Angeklagte: Cornelius Herz hatte mir zu verschiedenen Malen zu verstehen gegeben, daß er sowohl in der wissenschaftlichen als auch politischen Welt ausgedehnte und einflußreiche Beziehungen hätte; er hatte in der That in der Ehrenlegion mit solcher Schnelligkeit avancirt, daß man seinen Versicherungen wohl Glauben schenken konnte.

Der Präsident: Welche Beziehungen hatte derselbe zu der Regierung?

Der Angeklagte: Sie wissen wohl ohne Zweifel, daß Herz Kommanditär der „Justice", des Blattes Clemenceau's, war, welch letzterer damals alle Aussichten auf die Präsidentschaft im Ministerium hatte. Wenn ich Herz nicht nachgegeben hätte, so hätte ich der Panama-Gesellschaft in ihm einen furchtbaren Feind geschaffen. Einmal sagte er mir, als ich immer noch zögerte, auf seine Bitten und Forderungen einzugehen: „Ich will Ihnen wirklich zeigen, daß mein Einfluß von Bedeutung ist. Ich lade Sie hiermit ein, mit mir zu Grevy zu gehen." In der That wurde Cornelius Herz bei Grevy wie der intimste Hausfreund empfangen. Ich glaubte, daß meine erste Pflicht sei, die Riesenkapitalien zu retten, welche in dem Unternehmen engagirt waren.

Der Präsident: Sie haben nicht als ehrlicher Mann gehandelt, sonst hätten Sie diese Erpressungen zur Anzeige bringen müssen.

Der Angeklagte: Das Gericht antwortet nur selten in derartigen Fällen. Nur ein Beispiel zum Beweis. Als man im Juni 1888 die Nachricht vom Tode meines Vaters in alle Welt lancirte, um der damaligen Emission zu schaden, welche in Folge der Nachricht auch thatsächlich sofort stillstand, haben wir Klage erhoben. Indessen kam die Sache nicht zur Verhandlung, sondern wurde unterdrückt. Wir hatten das Unternehmen ohne die Unterstützung der Presse, ohne Syndikate u. s. w. angefangen, da sagte man uns: Ihr seid Kind, ihr müßt die Sache im Großen machen, und vor Allem mit den Banken Emil de Girardins rechnen. Derselbe hat in Paris 3 und in der Provinz 100 Blätter, die das Unternehmen im Keim ersticken können, und so haben wir nach und nach die bei allen Emissionen und Finanzunternehmen üblichen Gebräuche angenommen und wurden darin von der Regierung unterstützt.

Der Präsident: Lassen Sie doch die Regierung in Ruhe! (Ausrufe und Lachen.)

Charles de Lesseps gab hierauf die bekannte und von uns bereits mitgetheilte Darstellung der Besuche Ch. de Lesseps bei dem früheren Kriegsminister de Freycinet und dem damaligen Kammerpräsidenten Floquet.

Nach einer halbstündigen Pause wird die Sitzung um ¼4 Uhr wieder aufgenommen, fördert jedoch nichts zu Tage, was durch die vorhergehende Preßdebatte nicht bekannt wäre.

Am zweiten Verhandlungstag wurde vor der Eröffnung der Debatten unter den Gruppen der zahlreichen Advokaten die energische und taktvolle Haltung Charles de Lesseps besprochen, der man allgemeine Anerkennung zollt. In einem kleinen Zimmer, in welches die Angeklagten geführt werden, bevor sie in den Sitzungssaal gelangen, hat

Charles de Lesseps ebenfalls die Glückwünsche seiner Mitangeklagten, sogar Baihauts, zu seiner allgemein belobten Haltung in der gestrigen Sitzung erhalten. Eine große Mißstimmung manifestirte sich unter den Geschworenen, weil man deren Gesuch um Eintrittskarten für ihre Familien abschlägig beschieden hatte. Um ½ nach 12 wird die Sitzung mit einigen Fragen an Charles de Lesseps begonnen. Im ganzen Großen handelt es sich darum, zu konstatiren, daß der Baron von Reinach im September 1888 ½ Million Franks von Charles de Lesseps und 750 000 Franks von Cottu, der von der ersteren Auszahlung nichts wußte, erhalten hatte. Ein eigenes Streiflicht auf das Verhältniß zwischen dem Baron von Reinach und den Panama-Administratoren warf die Erzählung des Angeklagten, daß Cottu Reinach gezwungen habe, 200 000 Franks auf die 750 000 Franks zurückzugeben. Bei dieser Gelegenheit faßte der Baron von Reinach den Baron Cottu aus Wuth und vor Aufregung, daß er die 200 000 Franks zurückgeben mußte, an der Gurgel.

Hiermit ist das Verhör Charles de Lesseps beendigt und man geht zu demjenigen Fontane's über. Fontane berichtet über seine Stellung in der Panamakompagnie, aus der er im Jahre 1887 austrat, um jedoch nach wiederhergestellter Gesundheit im Jahre 1888 wieder seine Funktionen als Mitglied des Verwaltungsrathes aufzunehmen. Fontane giebt hierauf die gleiche Darstellung des Besuchs Blondins bei ihm, der vom Minister Baihaut geschickt worden war, um die Kompagnie zur Bewilligung einer bedeutenden Geldsumme als Dank für die Einbringung eines der Kompagnie günstigen Emissionsgesetzprojektes zu bewegen. Der Minister Baihaut hätte jedoch, wie Fontane zum ersten Mal während der gesammten auf Panama bezüglichen öffentlichen und nichtöffentlichen Debatte konstatirt, die erlangte Summe für Regierungszwecke nothwendig bezeichnet und dieselben nicht zu Privatzwecken verlangt.

Der Präsident: Hat der damalige Minister Baihaut Ihnen verheimlicht, daß es sich um ein persönliches Interesse für ihn handele?

Der Angeklagte: Ich wiederhole, daß Baihaut mir gesagt hat, die gewünschte Summe sei für die Interessen des Landes bestimmt.

Der Präsident: Sie befinden sich im Widerspruch mit Herrn Baihaut selbst.

Der Angeklagte: Ich sage die volle Wahrheit ohne jede Einschränkung.

Der Präsident: Wo wurden die 375 000 Franks an Baihaut ausbezahlt?

Der Angeklagte: In meiner Privatwohnung. Dieser Umstand ist von besonderer Wichtigkeit. Blondin vom Crédit Lyonnais, der den Vermittler zwischen Herrn Baihaut und uns gespielt hatte, kam zu mir, um die Summe einzukassiren. Ich ließ den Kassirer holen, der, nachdem ich mich zurückgezogen hatte, an Blondin 250 000 Franks als Abschlagssumme auszahlte.

Der Präsident: Haben Sie eine Quittung verlangt?

Der Angeklagte: Ich war ja bei der Auszahlung nicht anwesend.

Marius Fontane giebt hierauf eine ausführliche Darstellung der Auszahlungen an die verschiedenen Preßorgane. Man hatte sich, so sagt er, gezwungen gesehen, für die Annoncen, überhaupt für die gesammten Preßangelegenheiten einzurichten, dessen Leiter er von 1883—85 war. Die hohen Summen gingen den Blättern deswegen zu, weil man mit der bisherigen Gewohnheit in finanziellen Unternehmungen auf 100 Franks, welche für die Zeitungen bestimmt waren, 33 Prozent den vermittelnden Bankiers, 33 Prozent dem Verfasser des Zeitungsartikels zu geben, so daß in die Kasse eines jeden Blattes von den bewilligten Summen nur 33 Prozent flossen. Mit dieser Gepflogenheit brach die Kompagnie, indem sie die Summen an die Presse direkt auszahlte. Die Bons waren anonym, um die einzelnen Blätter nicht wissen zu lassen, wie viel jedes erhalten, um auf diese Weise Neid und Konflikte zu vermeiden.

Eine lebhafte Bewegung der Neugierde ging durch das Publikum, als der frühere Minister Baihaut sich zum Verhör erhob. Gleich seine ersten Worte machten im Zuschauerraum geradezu Sensation. Baihaut, der vollständig erschüttert zu sein scheint, sagte gleich zu Anfang des Verhörs: Ich habe eine Erklärung abzugeben; ich fühle mich schuldig und mein Geständniß wird vollständig sein. Ich finde keine Worte, um meiner Reue und meinem Schmerze Ausdruck zu verleihen. Während 13 Jahre war ich ein getreuer Diener meines Landes und in einer Stunde unerklärlicher Verrücktheit habe ich gefehlt. Ich denke an meinen geschändeten Namen und an meine Familie, die ich kaum wiedersehen werde. Ich bitte öffentlich um Vergebung, den guten Namen meines Landes kompromittirt zu haben. (Der Staatsanwalt den Angeklagten unterbrechend: Der gute Ruf des Landes hängt glücklicherweise nicht von Ihnen ab.) Ich erkläre, mich im Voraus mit jedem gefällten Urtheil zufrieden zu geben. Nach dieser im Tone vollständigster moralischer Vernichtung gegebenen Erklärung giebt Baihaut eine Darstellung der Umstände, unter welchen er Minister der öffentlichen Arbeiten geworden war und erzählt, wie Blondin ihm die Idee gab, mit der Panamakompagnie zu machen, was die andern auch thaten.

Baihaut leugnet, daß die Panamaadministratoren je glauben konnten, daß es sich um eine Summe für die Interessen des Landes handeln könnte. Er habe Fontane gegenüber ausgesprochen, daß die Summe für seine persönlichen Zwecke bestimmt sei. Baihaut schließt seine Aussagen mit einer nochmaligen Versicherung seiner Reue und Verzweiflung.

Hierauf wird Blondin verhört. Er könne, so beginnt er, öffentlich nicht sprechen; indessen habe die Wahrheit keine Beredtsamkeit nothwendig. Er bestreitet die Behauptungen Baihauts, ihm die Idee der Erpressung der 375 000 Franks eingegeben zu haben. Ebenso habe er nicht, wie Baihaut behauptet, 75 000 Franks für seinen Dienst erhalten. Er habe nie geahnt, daß er als Vermittler zwischen de Lesseps und Baihaut eine verbrecherische Rolle gespielt habe. Er habe die Sache als eine einfache Finanzaffaire angesehen und sich Baihaut gegenüber für einen erwiesenen Dienst dankbar erweisen wollen.

* * *

Ueber den dritten Verhandlungstag liegt folgendes Telegramm vor:

Paris, 10. März. Bei dem Verhör der Belastungszeugen wurde zuerst der Experte Flory vernommen. Derselbe schätzt die verausgabten Summen für die Publizität und den Preis, der für die Mitwirkung gewisser Personen gezahlt wurde, auf 105 Millionen. Die gegenwärtigen Aktiva der Gesellschaft beliefen sich auf 200 Millionen. Von 1200 Millionen seien nur 558 Millionen für die Kanalarbeiten verausgabt worden. Die vorgeladenen Bankiers und Deputirten wiederholen alsdann bezüglich der Bons des Barons Reinach und der Rolle Sansleroys in der Kommission der Deputirtenkammer die bereits vor der Enquete-Kommission abgegebene Erklärung. Hierauf begann das Verhör der Entlastungszeugen. Floquet wurde in den Saal gerufen. Lesseps wiederholte die vorgestern gegen Floquet vorgebrachten Thatsachen. Floquet setzte den Behauptungen Lesseps entschiedenen Widerspruch entgegen und protestirte gegen die schmachvollen Aeußerungen, die Lesseps ihm zuschrieb. Lesseps erklärte hierauf, seine Aussage aufrecht zu halten, worauf Floquet erwiderte, auch er bleibe bei seiner Aussage, die er mit seinem Eide bekräftigt. Als Lesseps hierauf auf die Affaire Blasto einging, bemerkte Floquet: „Ich verstehe nicht, was Sie wollen." Bei diesen Worten erschollen aus dem Zuhörerraum heftige Ausrufe gegen Floquet, so daß der Präsident den Saal räumen ließ. Bei Wiederaufnahme des Verhörs versicherte Lesseps, Floquet habe ihn aufgefordert zu zahlen, damit ein Prozeß zwischen Reinach und Herz vermieden werde. Floquet gab hierauf zu, daß er die beiden Lesseps zu sich habe rufen lassen, aber lediglich zu dem Zwecke, um ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Panama-Gesellschaft von großen Geldforderungen bedroht sei; er habe dies zur Zeit der boulangistischen Kampagne für seine Pflicht gehalten. Zu Reinach, Herz und Arton sei er nie in Beziehung gestanden. Hierauf wurde Clemenceau vernommen; auch diesem gegenüber erklärte Lesseps, von ihm zur Beseitigung der Schwierigkeiten zwischen Reinach und der Panama-Gesellschaft aufgefordert worden zu sein. Clemenceau setzte hierauf weitläufig auseinander, daß er mit Ranc Freycinet besucht habe, um mit diesem von dem Prozeß zu sprechen, welchen Reinach gegen die Panama-Gesellschaft beabsichtigt habe. Er habe dies gethan, weil der Ruin der Panama-Gesellschaft im Augenblick der Wahlen gegen die Republik hätte ausgebeutet werden können. Clemenceau stellte hierauf in Abrede, die bekannte, von dem Bankbeamten Stephane angefertigte Liste erhalten zu haben. Nach Clemenceau wurde Freycinet vernommen. Dieser erzählte über den erwähnten Besuch Clemenceaus und Rancs. Dieselben hätten ihm von der ungewissen politischen Lage gesprochen und darauf hingewiesen, wie ein Prozeß Reinachs gegen die Panama-Gesellschaft einen nachtheiligen Widerhall im Lande finden müsse. Hierauf habe er (Freycinet) Lesseps zu sich rufen lassen und ihn aufgefordert, diesen Prozeß im öffentlichen Interesse zu vermeiden, er habe sich jedoch frühzeitig geweigert, irgendwelche Einzelheiten dieser Angelegenheit anzuhören, und es sei sicherlich nicht in Folge dieses Besuches bei ihm geschehen, daß Lesseps die fünf Millionen an Reinach zahlte. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. März. Herr W. Neander, Hofrezitator Sr. Durchlaucht des Fürsten von Waldeck, veranstaltet am Dienstag, den 14., und Donnerstag, den 16. März, in der Grünhofer Bock-Brauerei eine nur zweimalige Aufführung seines volksthümlichen Oratoriums „Jesus von Nazareth" (das Leben Jesu in der deutschen Poesie nach Gerok, Sturm 2c.) nebst Darstellung von 30 Lichtbildern nach Originalen der berühmtesten Meister. Die Dichtung zerfällt in 6 Abtheilungen: 1. Verkündigung, Geburt, Darstellung im Tempel, die Waisen aus dem Morgenlande. 2. Der 12jährige Jesus im Tempel, Taufe, Versuchung, Hochzeit zu Kana, am Teiche Bethesda. 3. Bergpredigt, Meeresfahrt, Jüngling zu Nain, Jesus über Nacht im Gebet. 4. Jesus der Kinderfreund, der Blinde bei Jericho. 5. Einzug in Jerusalem, Abendmahl, Gethsemane, Gefangennahme, Tod. 6. Auferstehung, Thomas, Simon, Johanna, Himmelfahrt. Herrn Neander geht der Ruf eines bedeutenden Rezitators voraus, und es kann sicherlich als ein Beweis für die Schönheit und Erbaulichkeit seines Oratoriums gelten, daß er dasselbe allein in diesem Monat 21mal in verschiedenen Städten aufführt. Die Aufführung wird um so erhebender werden, da die geschätzten Sängerinnen, Frls. Hoffmann, Krebs, Kurschel und Münch sowie der Organist Herr Taggatz und ein gemischter Chor sich an derselben betheiligen. Fügen wir endlich hinzu, daß ein Theil des Ertrages der Stettiner Stadtmission zu Gute kommen wird, so können wir mit Bestimmtheit annehmen, daß bei dem überaus billigen Eintrittspreis (50 und 25 Pf.) Niemand diesen Aufführungen fern bleiben wird. Da unwiderruflich nur zwei Aufführungen stattfinden, so dürfte es geboten erscheinen, sich baldigst einen Platz zu sichern. Es sei außerdem noch auf die am Nachmittag der genannten Tage stattfindenden Extra-Schülervorstellungen hingewiesen. (Eintrittspreis 20 Pf.)

— Trotz der Ungunst der Witterung hatte die gestrige erste Komiker-Vorstellung im Zirkus Corty-Althoff noch zahlreichen Besuch erhalten und die lustigen Intermezzos der Klowns verfehlten ihre erheiternde Wirkung nicht, besonderen Beifall fand Little Wood als Kunstreiterin, wobei derselbe bewies, daß er auch ein firmer Parforcereiter ist, ferner August der Dumme (Luigi Rossi) mit seinem Ballspiel und die musikalischen Klowns Alfons und Estio in ihren vielseitigen Vorträgen. Die vier Gebrüder Gautier führten ein Entree mit Stühlen vor, bei welchem sie aufs neue ihre akrobatische Geschicklichkeit und Sicherheit bewiesen. Weiter gelangte gestern Abend eine von Herrn Dir. Pierre Althoff arrangirte und in Scene gesetzte „Mexikanische Kriegsepisode" zur Aufführung, bei welcher eine Reihe von Kriegsformen zur Darstellung gebracht wurden und verdienten Beifall fanden; es wechselten militärische Aufzüge mit Exerzitien zu Fuß und zu Pferde, wobei besonders die Exerzitien der weiblichen Garde in den kleidsamen Uniformen lebhafte Anerkennung fanden. Auch an komischen Scenen fehlt es dabei nicht, aber das Hauptinteresse erregt doch die vorzügliche Dressur eines Pferdes, welches bei einem Reitergefecht verwundet wird und zusammensinkt. — Die kleine Pantomime wurde überaus freundlich aufgenommen, aber trotzdem wird dieselbe nur noch einige Male wiederholt werden, da Herr Dir. Althoff noch eine Reihe neuer Parforcestücke und Pantomimen in Vorbereitung hat, welche hier noch zur Darstellung gelangen sollen. Mit Freude wird es begrüßt werden, daß es der Direktion gelungen, Herrn Hubert Cooke, den unzweifelhaft besten Jockeyreiter, noch für einige Tage an Stettin zu fesseln, ehe derselbe seine Thätigkeit als Direktor des Hippodrom in Berlin antritt. Derselbe wird von heute ab wieder den Bären als Kunstreiter vorführen, welche drollige Vorführung seit einiger Zeit unterbleiben mußte, da das Thier eine kleine Beschädigung an einem Fuß davon getragen. Auch für das Engagement neuer Spezialitäten hat Herr Dir. Althoff gesorgt, wir erwähnen davon nur den Jockeyreiter Herrn Angelo und Miß Elise in ihren Leistungen an fliegenden Ringen.

* Die „Deutsche Schulzeitung" schreibt in Nr. 9 vom 2. März: „Schulbäder. Sämmtliche Schulvorstände im Regierungsbezirk Merseburg sind von der kgl. Regierung ersucht worden, bei Neubauten von größeren Schulgebäuden auf Einrichtung einer Anstalt für Schulbäder hinzuwirken. Die Regierung macht darauf aufmersam, daß ein Unternehmer eine für gleichzeitiges Baden von 20 Kindern berechnete Einrichtung für 1300 Mark liefert." — Wie steht es mit den Schulbädern in Stettin?

* Die tarifmäßigen Eisbrecher-Gebühren sind seit gestern früh 6 Uhr aufgehoben.

* Am Palmsonntag findet in der Turnhalle, Bellevuestraße 57, eine Ausstellung von Schüler-Handarbeiten statt. Die Schulverwaltung bittet besonders die Eltern der Kinder um recht zahlreichen Besuch der Ausstellung, da nur durch eine von dieser Seite geübte Kritik ein Urtheil über die Zweckmäßigkeit des gegenwärtig ertheilten Handfertigkeits-Unterrichts zu gewinnen ist.

— Bei dem Neubau Ecke der Burg- und Oderstraße in Grabow wurden in den letzten Tagen Ruinen der ehemaligen Oderburg Pamporin bloßgelegt und zwar Theile des Burgwalles. Den Arbeitern macht die Entfernung derselben wegen der guten Mörtelverbindung nicht geringe Schwierigkeiten.

— An Stelle des verstorbenen Provinzial-Schulraths, Geh. Regierungsraths Dr. Wehrmann ist der königl. Provinzial-Schulrath Dr. Bouterwek hier zum ersten Kurator und Vorsitzenden des Marienstifts-Kuratoriums ernannt worden.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat Februar 1893.) Es sind ernannt: zum Landgerichts-Direktor in Stettin: der Landgerichts-Rath Thümmel zu Stargard i. Pom.; zum Amtsrichter: der Gerichtsassessor Fritze aus Stettin in Rummelsburg; zum Referendar: die Rechtskandidaten Zimmermann, Sandhoff, Nadelmann und Wiesner; zum Gerichtsschreiber: der etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfe, Assistent Köhler aus Bublitz in Schlawe; zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehülfen: der Militäranwärter Finger aus Görlitz in Bublitz; zum Stellvertreter des Anwalts bei dem Amtsgericht in Anklam: der Beigeordnete Albrecht in Anklam; zum Forstamtsanwalt bei dem Amtsgericht in Bütow: der königl. Oberförster Fricke in Zerrin; zur Gefangenaufseherin: die Hülfs-Gefangenaufseherin, Wittwe Hedwig Schröder geb. Koltermann, bei dem Gerichts-Gefängniß in Stettin. — Es sind versetzt: der Amtsrichter Hetzell aus Neustettin als Landrichter an das Landgericht in Kottbus und der Gerichtsdiener Kebschull von Lauenburg nach Stralsund. — Mit Pension in den Ruhestand versetzt sind: der Gerichtsvollzieher Micoleit in Bahn und der Gerichtsdiener Doggs in Schlawe. — Es ist verliehen: dem Landrichter Dr. Sawillisch in Stolp der Charakter als Landgerichts-Rath, dem Amtsrichter Plesch in Swinemünde der Charakte als Amtsgerichtsrath und dem Gerichtsvollzieher Dobbermann in Pasewalk bei seinem Uebertritt in den Ruhestand das Allgemeine Ehrenzeichen. — Der Rechtsanwalt, Justizrath Masche in Stettin ist in der Liste der bei dem Landgericht zu Stettin zugelassenen Rechtsanwälte gelöscht. — Dem Referendar Klotz ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. — Der Rechtsanwalt Block in Stargard und der etatsmäßige Gerichtsschreibergehülfe, Assistent Rohling in Stettin sind gestorben.

— (Personal-Veränderungen im Bezirk der königlichen Provinzial-Steuer-Direktion zu Stettin.) Versetzt ist der Ober-Steuer-Kontrolleur, Steuer-Inspektor Steinhagen zu Frankfurt a. O. in gleicher Eigenschaft nach Stettin und der Steuer-Aufseher Gottschalk zu Wangerin nach Gartz a. O.

Aus den Provinzen.

Bütow, 9. März. Der Herr Regierungs-Präsident zu Köslin hat durch Verfügung vom 3. März d. J. die polizeiliche Anordnung vom 29. August 1892, sowie die Rundverfügung vom 2. September 1892 mit Rücksicht darauf, daß die Maul- und Klauenseuche in jüngster Zeit im Bezirk eine erhebliche Abnahme erfahren hat, dahin abgeändert, daß der Auftrieb von Klauenvieh auf die Vieh- und Wochenmärkte im Regierungsbezirk Köslin mit Ausnahme der Kreise Belgard, Köslin, Kolberg, Lauenburg, Neustettin und Schlawe gestattet ist; jedoch dürfen Schweine bis auf Weiters über die Grenzen des Gemeindebezirks bezw. der Feldmark hinaus nur auf Wagen oder auf Karren mit festem Boden transportirt und feilgehalten werden. Gleichzeitig wird in Abänderung der Polizei-Verordnung vom 12. Juli 1892 das Treiben von Rindvieh und Schafen innerhalb der Grenzen des Regierungsbezirks gestattet.

Kunst und Literatur.

In Wien ist ein treffliches Buch erschienen, welches für Stettin von hoher Bedeutung ist: **Ueber Straßenreinigung der Städte.** Von Streitzl. Wien bei Spielhagen u. Schurich. Preis 4,80 Mark. Dasselbe beschreibt eingehend die Straßensäuberung, Sprengung 2c. in Berlin, Brüssel, London, Paris und Wien. Da wir in Stettin gegenwärtig mit Ordnung der Straßenreinigungsfrage beschäftigt sind, empfiehlt es sich dringend, dies Werk eingehend zu studiren und zu benutzen. [6]

Zu guter Stunde, das heißt wenige Wochen vor der Eröffnung der Weltausstellung in Chicago, erscheint jetzt ein Reisewerk, das durch seinen Inhalt und seine Form das lebhafteste Interesse der deutschen Leser und insbesondere der Tausende, die zur Weltausstellung die Vereinigten Staaten besuchen werden, zu erregen geeignet ist. Unter dem Titel: „**Altes und Neues aus der Neuen Welt.** Eine Reise durch die Vereinigten Staaten und Mexiko" wird demnächst im Verlage von Karl Duncker in Berlin eine eingehende, sehr lebendige Schilderung der großen Reise erscheinen, die Paul Lindau vor Kurzem durch das große Gebiet des nordamerikanischen Kontinents unternommen hat.

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt a. O., 10. März. (Hinrichtung.) Der Wilddieb, Schuhmacher Gustav Philipp aus Fichtenwald, der bei einer Wilddieberei am 22. Juli 1892 den Förster Schulz durch einen wohlgezielten Flintenschuß ermordete und deshalb am 22. Oktober zum Tode verurtheilt wurde, ist heute früh auf dem hiesigen Gefängnißhofe schnell und sicher durch den Scharfrichter Reindel aus Magdeburg hingerichtet worden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. März. Wetter: Heiter. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Nachts leichter Frost. — Barometer 766 Millimeter. — Wind: NW., lebhaft.

Weizen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 145,00—149,00 bez., per April-Mai 150,00 bez., per Mai-Juni 151,00 B. u. G., per Juni-Juli 152,00 G.

Roggen unverändert, per 1000 Kilogramm loko 123,00—125,50 bez., per April-Mai 129,00 bez., per Mai-Juni 130,50 bez., per Juni-Juli 132,00—132,25 bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 133—138.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus wenig verändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 33,7 bez., per März 70er 32,3 nom., per April-Mai 70er 32,8 nom., per August-September 70er 34,7 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen —,—, Roggen —,—, 70er Spiritus 32,3.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 145—148. Roggen 125 bis 127. Gerste 134—140. Hafer 140—145. Rübsen —,—. Heu 2,50—3,00. Stroh 28—30. Kartoffeln 35—38.

Berlin, 11. März. Weizen per April-Mai 152,50 bis 151,75 Mark, per Mai-Juni 153,00 Mark, per Juni-Juli 154,00 Mark.

Roggen per April-Mai 132,75 bis —,— Mark, per Mai-Juni 134,50 Mark, per Juni-Juli 135,50 Mark.

Hafer per April-Mai 143,75 Mark.

Spiritus loko 70er 34,90 Mark, per März 70er 33,50 Mark, per April-Mai 70er 33,70 Mark, per August-September 70er 35,30 Mark.

Rüböl per April-Mai 50,80 Mark, per September-Oktober 51,10 Mark.

Petroleum per März 19,30 Mark.

Berlin, 11. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,60	Amsterdam kurz	169,10
do. do. 3½%	101,40	Paris kurz	81,20
Deutsche Reichsanl. 3%	87,70	Belgien kurz	81,10
Pomm. Pfandbriefe 3½%	99,10	Bredower Cement-Fabrik	92,00
Italienische Rente	93,20	Neu Dampfer-Compagnie (Stettin)	80,95
do. 3% Eisenb.-Oblig.	53,20	Stett. Chamotte-Fabrik Didier	204,00
Ungar. Goldrente	97,80	„Union", Fabrik chem. Produkte	131,50
Rumän. 1881er amort. Rente	98,40	4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
Serbische 5% Rente	79,25	Anatol. 5% gar. Esb.-Pr.-Obl.	91,10
Griechische 5% Goldrente	61,10	**Ultimo-Kourse:**	
Russ. Boden-Credit 4½%	168,75	Disconto-Commandit	189,25
do. do. von 1880	98,85	Berliner Handels-Gesellsch.	152,50
Mexikan. 6% Goldrente	81,20	Oesterr. Credit	184,50
Oesterr. Banknoten	163,75	Dynamite Trust	142,75
Russ. Banknoten Cassa	216,15	Bochumer Gußstahlfabrik	136,90
do. do. Ultimo	216,50	Laurahütte	109,20
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	106,00	Harpener	142,40
do. (110) 4%	102,00	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	123,90
do. (100) 4%	101,30	Dortm. Union St.-Pr. 6%	66,10
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,00	Ostpreuß. Südbahn	77,90
Stett. Vulc.-Act. Littr. B.	111,50	Marienburg-Mlawkabahn	70,00
Stett. Vulc.-Prioritäten	132,75	Mainzerbahn	116,00
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	53,00	Norddeutscher Lloyd	118,10
do. 6% Prioritäten	71,75	Lombarden	50,00
Petersburg kurz	215,25	Franzosen	—,—
London kurz	20,42		
London lang	203,35		

Tendenz: fest.

Paris, 10. März, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Behauptet.

		Kours v. 9.
3% amortisirb. Rente	98,05	97,85
3% Rente	97,95	97,87
Italienische 5% Rente	92,77½	92,55
4% ungar. Goldrente	96,68	96,43
III. Orient	70,95	70,80
4% Russen de 1889	98,80	98,70
4% unifiz. Egypter	—,—	100 80
4% Spanier äußere Anleihe	64,75	64,85
Convert. Türken	22,37½	22,22½
Türkische Loose	92,50	90,80
4% privil. Türk.-Obligationen	449,50	447,25
Franzosen	657,50	653,75
Lombarden	247,50	246,25
Banque ottomane	587,00	583,00
„ de Paris	648,00	645,00
„ d'escompte	152,00	152,00
Credit foncier	985,00	982,00
„ mobilier	140,00	141,00
Meridional-Aktien	640,00	—,—
Rio Tinto-Aktien	389,30	387,50
Suezkanal-Aktien	2640,00	2633,00
Credit Lyonnais	776,00	773,00
B. de France	3925,00	3915,00
Tabacs Ottom.	384,00	382,50
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	$122^{9}/_{16}$	122,50
Wechsel auf London kurz	25,15½	25,15
Cheque auf London	25,17	25,16½
Wechsel Amsterdam k.	206,25	206,18
„ Wien k.	205,37	205,37
„ Madrid k.	430,25	430,50
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	495,00
Robinson-Aktien	91,20	91,20
Portugiesen	21,62	21,56
3% Russen	79,25	79,05
Privatdiskont	1⅞	1⅞

Hamburg, 10. März, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 84,50, per Mai 82,25, per September 81,75, per Dezember 80,50. — Ruhig.

Hamburg, 10. März, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per März 14,37½, per Mai 14,52½, per September 14,45, per Dezember 13,07½. — Abgeschwächt.

Bremen, 10. März. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Still. Loko 5,20 B. Baumwolle ruhig.

Pest, 10. März, Vorm. 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loko fest, per Frühjahr 7,31 G., 7,33 B., per Herbst 7,46 G., 7,48 B. Hafer per Frühjahr 5,57 G., 5,59 B. Mais per Mai-Juni 4,67 G., 4,69 B. Kohlraps per August-September 11,85 G., 11,95 B. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 10. März. Bancazinn 57,50.

Amsterdam, 10. März. Java-Kaffee good ordinary 54,50.

Amsterdam, 10. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, per März 169, per Mai 173. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine niedr., per März 143, per Mai 131. Rüböl loko 27,25, per Mai 26,75, per Herbst 26,25.

Antwerpen, 10. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer fest. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. März, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅝ bez. u. B., per März —,— bez., 12⅝ B., per April-Mai 12⅝ B., per September-Dezember —,— bez., 12⅞ B. Fest.

Paris, 10. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) fest, 88% loko 38,50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 40,87½, per April 41,12½, per Mai-August 41,75, per Oktober-Dezember 37,00.

Paris, 10. März, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 21,10, per April 21,30, per Mai-Juni 21,70, per Mai-August 21,90. Roggen ruhig, per März 13,70, per Mai-August 14,20. Mehl ruhig, per März 47,10, per April 47,30, per Mai-Juni 47,70, per Mai-August 48,00. Rüböl behauptet, per März 59,00, per April 59,25, per Mai-August 60,25, per September-Dezember 60,50. Spiritus fest, per März 48,75, per April 48,75, per Mai-August 48,50, per September-Dezember 44,25. — Wetter: Schön.

Havre, 10. März, Vorm. 10 Uhr 30 Mi. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per März 106,50, per Mai 103,00, per September 102,25. Behauptet.

London, 10. März. 96 prozent. Javazucker loko 16,50, fest. Rübenrohzucker loko 14,37, fest. Centrifugalzucker —.

London, 10. März. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Kälter.

London, 10. März, 4 Uhr 20 Minuten Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Sämmtliche Getreidearten fast geschäftslos, allgemein schwach, fremder Weizen seit Montag ¼ bis ½ Sh. niedriger, Gerste ruhig, aber stetig.

Fremde Zufuhren: Weizen 12,720, Gerste 7060, Hafer 33,660 Quarters.

London, 10. März, 2 Uhr 14 Minuten. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 45 Lstr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 95 Lstr — Sh. — d. Zink 17 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 9 Lstr. 17 Sh. 6 d. Roheisen Mixed numbers warrants 40 Sh. 2 d.

Liverpool, 10. März. Getreidemarkt. Weizen ½—1 d., Mais ½ d. niedriger, Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 10. März, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 2½ d.

Newyork, 10. März. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per April —,—. Weizen per Mai 78,00.

Berlin, 10. März.

Butter-Wochen-Bericht

von Gebrüder Lehmann u. Co., NW. 6, Luisenstraße 43—44.

Auch in dieser Berichtswoche erhielt sich nur für allerfeinste Waare guter Begehr, während die mehr oder minder abweichenden Qualitäten sehr wenig gekauft werden, sodaß sich die Läger darin bedenklich zu füllen beginnen.

Die Preise konnten sich daher nur schwach behaupten.

Landbutter ist trotz des bevorstehenden Osterfestes auch noch ziemlich vernachlässigt.

Wir bezahlen an Produzenten franko Berlin (Alles per 50 Kilogramm):

Für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften: Ia. 99—102, IIa. 95—98, IIIa. —,—, abfallende 90—94 Mark.

Landbutter: Preußische und Littauer 83—86, Netzbrücher 83—86, Pommersche 83 bis 86, Polnische —,—, Baierische Senn- —,—, Baierische Land- 83—86, Schlesische 83—86, Galizische 77—80 Mark.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 10. März. Die drei Matrosen der „Thekla", welche wegen Kannibalismus auf der See in Kuxhafen inhaftirt waren, sind heute an Norwegen ausgeliefert und mit dem heute abgegangenen Dampfer „Kong-Alf" nach Christiania abgegangen.

Smyrna, 10. März. Der Hamburger Schnelldampfer „Fürst Bismarck" traf heute früh 6 Uhr, von Jaffa kommend, wohlbehalten hier ein.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 11. März. Die hier erschienene, angeblich von einem Nichtrussen herausgegebene Brochüre erklärt die vom ehemaligen Dragoman Jakobsohn publizirten Bulgaren-Dokumente für plumpe, für jeden Zeitungsleser leicht erkennbare Falsifikate. Schon in den grammatikalischen Fehlern und Irrthümern bei historischen Daten, deren die Brochüre mehrere aufweist, müsse man erkennen, daß diese angeblichen Dokumente nicht von Persönlichkeiten amtlicher Stellung herrühren können. Auf Verlangen erklärt der Schreiber der Brochüre, mit weiterer Prüfung der falschen Dokumente dienen zu können.

Wien, 11. März. Wie verlautet, wird die Kaiserin von Oesterreich die Monate Juli, August und September in einem holländischen Seebade bei Scheveningen zubringen.

Amsterdam, 10. März. In politischen Kreisen herrscht große Erregung gegen das neue Wahlgesetz, welches die Regierung der Kammer vorlegen will und worin das Wahlberechtigungs-Alter auf 25 statt auf 30 Jahre festgesetzt wird.

Madrid, 11. März. Ein Erdbeben hat in Melilla und dessen Umgebung unberechenbaren Schaden angerichtet. In der ganzen Provinz herrscht eine unbeschreibliche Panik.

London, 10. März. Die Erdsenkungen in Sandgate dauern fort. Der Lordmayor veranstaltet eine Sammlung für die Obdachlosen.

London, 11. März. Nachrichten aus Brasilien melden, daß in Santa Anna die Stadt Livramento in die Hände der Föderalisten gefallen ist. Der Befehlshaber der Regierungstruppen, General Fernandez, beging in Folge dessen Selbstmord, da das ganze Schicksal der Revolution von der Haltung der bedrohten Stadt abhing. Die in Rio Grande ansässigen Ausländer sollen von den beiderseitigen Parteigängern wiederholt angegriffen worden sein.

London, 11. März. Gladstone hat es abgelehnt, die aus Dublin eingetroffenen Delegirten der dortigen Kaufleute, welche die kommerziellen Aussichten der Homerule-Vorlage diskutiren wollten, zu empfangen. — Während des Empfanges der inländischen Deputirten des Handels und der Finanz in seinem Palais drückte Salisbury seine Befriedigung aus wegen der täglich in England wachsenden Bewegung gegen die Homerule. Balfour bemerkte, die Annahme des Gladstone'schen Projekts würde den Bankerott Irlands bedeuten. Der Direktor der irischen Great-Northern-Railway konstatirte, daß in den letzten Wochen in Folge der Homerule-Agitation der Aktienwerth der Gesellschaft um eine halbe Million gefallen sei.

Sofia, 11. März. Die Wahlen zur Sobranje finden am 20. April statt und der Zusammentritt der Sobranje am 14. Mai, deren Eröffnung vom Fürsten persönlich erfolgt. Die Hochzeit des Fürsten findet, wie nun bestimmt ist, im Auslande auf der Besitzung des Herzogs von Parma statt.

Chicago, 11. März. Nachdem die Direktionen von 32 hier einmündenden Eisenbahnen die Forderungen der Weichensteller-Assoziation auf höhere Löhne abgelehnt, ist der Ausbruch eines allgemeinen Streikes nahe bevorstehend.